

© COMECE, MÄRZ 2007

EIN EUROPA DER WERTE

DIE ETHISCHE DIMENSION DER EUROPÄISCHEN UNION

Ein Bericht an die Bischöfe der ComECE

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	4 – 6
Einleitung	7 – 9
Frieden und Freiheit	10 – 12
Die Annäherung der Völker	12 – 14
Macht und Verantwortung	14 – 15
Vielfalt, Subsidiarität und Differenzierung	15 – 17
Multilateralismus und Toleranz	17 – 19
Solidarität innerhalb der Union	19 – 20
Solidarität mit der Welt	21 – 22
Schluss	22 – 25
<i>Anhang : Mitglieder des Weisenrats</i>	26 – 27



Kommission der Bischofskonferenzen der
Europäischen Gemeinschaft
Rue Stévin, 42 – B-1000 Brüssel – Belgien
Tel. +32 (0)2 235.05.10 – Fax +32 (0)2 230.33.34
www.comece.eu

Übersetzung des französischen Originaltextes

Vorwort

Die Bischöfe der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) haben im Mai 2005 eine theologische Analyse des Prozesses der europäischen Einigung veröffentlicht, die in viele Sprachen übersetzt ein vielfaches und durchweg positives Echo gefunden hat. Schon im Titel "Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken" haben wir deutlich gemacht, dass die Europäische Union keine statische und selbstverständliche Gemeinschaft von Staaten ist, sondern sich dynamisch entfaltet und dabei von der Zustimmung und dem verantwortlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger abhängt.

Der Verlauf des Ratifizierungsverfahrens für den Vertrag über eine Verfassung für Europa hat diese Bewertung bestätigt, indem eine grosse Zahl von Mitgliedsstaaten dem Verfassungsvertrag zugestimmt hat, aber zwei Länder ihn nach Volksbefragungen nicht bekräftigt haben. Die Voten in Frankreich und den Niederlanden brachten eine Stimmung zum Ausdruck, die vermutlich auch in einigen anderen Mitgliedsstaaten weit verbreitet ist. Jedenfalls wurde dadurch ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Einigung aufgeschlagen, deren Fortsetzung ohne eine mehrheitliche und ausdrückliche Zustimmung zu dem einzuschlagenden Weg durch die Bürgerinnen und Bürger in den einzelnen Mitgliedsstaaten fragwürdig geworden ist.

Um eine verantwortete Entscheidung über den weiteren Gang der Europäischen Union treffen zu können, benötigen fast alle von uns eine gute Beschreibung dessen, was die Europäische Union in ihrem Kern ausmacht. Eine solche Beschreibung, die eine europäische Perspektive mit der Sichtweise der Katholischen Soziallehre verbindet, erschien uns ein nützliches Unternehmen zu sein.

Aus diesem Grund haben wir als Bischöfe das Herannahen des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957 zum

Anlass genommen, um eine Reihe katholischer Männer und Frauen, die als Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler lange Jahre mit der Europapolitik befasst waren, um einen Bericht über die der Europäischen Union zu Grunde liegenden Werte und Prinzipien zu bitten. Der Bericht unseres Weisenrates liegt nun vor, und wir sind zuversichtlich, dass durch diesen Beitrag ein kenntnisreicherer und transparenterer Dialog über das Wesen der Europäischen Union und ihre Zielsetzungen unter Christen, aber auch unter Bürgern im allgemeinen, besser geführt werden kann.

Dass dieser Bericht in einigen Punkten Diskussionen hervorrufen wird, ist uns bewusst. Wir sind jedoch von Herzen dankbar für die klare und argumentative Darstellung der Werte, die den europäischen Einigungsprozess geprägt haben und bis heute prägen. Der Bericht beschreibt in sieben Kapiteln die grundlegenden Werte und Prinzipien sowie die Form ihrer Verwirklichung in den europäischen Institutionen und Politiken. Seine Verfasser haben eindeutig festgestellt, dass diese Werte den religiösen und insbesondere den christlichen Traditionen entspringen, deren fortdauernde Lebendigkeit für das Werden der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung ist.

Papst Johannes Paul II hat die Laien aufgerufen "mit allen, die in Wahrheit den Frieden suchen, zusammenzuarbeiten und die spezifischen nationalen und internationalen Organismen zu benutzen, um von der Basis her einen Prozess der Bewusstseinsbildung auszulösen, der die beherrschende Kultur des Egoismus, des Hasses, der Rache und der Feindschaft überwindet und auf allen Ebenen eine Kultur der Solidarität fördert." (Apostolisches Schreiben "Christifideles Laici", 42). Papst Benedikt XVI hat in einer vor kurzem gehaltenen Ansprache erneut die Vorrangigkeit der Gewissensbildung für die durch das Naturrecht gewährte Garantie der Menschenwürde hervorgehoben: "Die erste Sorge aller und insbesondere jener, die öffentliche Verantwortung tragen, müsste deshalb darin bestehen, das Reifen des Gewissens zu fördern. Das ist

der grundlegende Fortschritt, ohne den sich alle anderen Fortschritte schließlich als unecht herausstellen. Das in unsere Natur eingeschriebene Gesetz ist die jedem angebotene Garantie dafür, frei und in seiner Würde geachtet leben zu können” (Ansprache vor den Teilnehmern eines internationalen Kongresses über das natürliche Sittengesetz am 12. Februar 2007).

Der vorliegende Bericht gibt ein konkretes Zeugnis des authentischen Engagements von Laien in unserer Zeit. Als Bischöfe der COMECE möchten wir deshalb den Mitgliedern des Weisenrates unsere Anerkennung und grosse Dankbarkeit aussprechen, insbesondere ihrem Präsidenten, Marcelino Oreja, und den beiden Sekretären, Philippe de Schoutheete und Stephen Wall. Sie alle haben sehr viel Zeit und Energie in die Erarbeitung des Textes investiert. Die bemerkenswerte Liste der Mitglieder des Weisenrates findet sich am Ende des nachstehenden Berichts. Die frühere EU-Kommissarin Loyola de Palacio, die ursprünglich im Weisenrat mitarbeiten wollte, verstarb im vergangenen November. Wenn wir heute den Bericht entgegen nehmen, erinnern wir uns in Dankbarkeit ihres grossartigen und beispielhaften Engagements für Europa.

Wir legen diesen Bericht vor als einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der katholischen Sozialverkündigung über den europäischen Einigungsprozess und die internationalen Beziehungen. Er bekräftigt Werte und eröffnet neue Perspektiven für Christen bei ihrem Einsatz für die Zukunft Europas. Wir wünschen ihm deshalb eine möglichst weite Verbreitung unter Christen und allen Menschen guten Willens in Europa.

+ *Adrianus van Luyn*
Bischof von Rotterdam
Präsident der COMECE

Einleitung

1. Seit Robert Schuman im Mai 1950 seine berühmte Rede hielt, hat ein historischer Prozess, der unaufhaltsam schien, die europäischen Länder einander innerlich näher gebracht. Seinen Ausdruck hat er gefunden in den einzelnen Etappen von der Zollunion bis hin zu den Gemeinschaftspolitiken und zur einheitlichen Währung, in denen sich die Europäische Gemeinschaft entwickelte und vertiefte. Von Anfang an (Artikel 2 des Vertrags von Rom) ging es darum, eine harmonische, ausgewogene Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten und ein hohes Beschäftigungsniveau und soziale Sicherung zu fördern. Es ging auch darum, die Achtung der Menschenwürde in einem gemeinsamen Raum des Friedens und der Sicherheit zu fördern. Weil sie eine Zukunftsperspektive und eine immense Hoffnung zu bieten hat, ist die europäische Einigung durch die Beitritte neuer Länder zu einem wesentlichen Faktor in der schrittweisen, friedlichen Ausbreitung der Demokratie geworden. Die wiederholten und schließlich auch von Erfolg gekrönten Anstrengungen der mittel- und osteuropäischen Länder, sich von der kommunistischen Diktatur zu befreien, haben die Öffnung der Europäischen Union für den gesamten Kontinent möglich gemacht. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten herrscht heute in ganz Europa Frieden. Die Europäer können auf diese in einem halben Jahrhundert vollbrachte Leistung stolz sein. Aber sind sie es auch?
2. Die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 haben die Zweifel, die Unsicherheit und Unzufriedenheit vieler Bürger und Bürgerinnen sichtbar werden lassen. Diese Gefühle sind zwar nicht neu, sie haben sich bereits in dem dänischen Referendum zum Vertrag von Maastricht ausgedrückt. Doch heute sind sie sehr viel weiter verbreitet, auch wenn viele Neinstimmen aus Besorgnissen herrührten, die nicht unmittelbar mit der Europäischen Union als solcher zu tun hatten.

Jeder weiss, dass ähnliche Empfindungen auch in den Ländern bestehen, in denen kein Referendum stattgefunden hat. Sie spiegeln eine Spaltung wider zwischen der Sicht der politischen Eliten, die der europäischen Einigung und dem Verfassungsvertrag im Allgemeinen wohlwollend gegenüberstehen, und der Sicht eines Großteils der Öffentlichkeit, die vor allem durch die Globalisierung der Wirtschaft, durch die Infragestellung der europäischen Sozialmodelle und durch die im erweiterten Europa zu erwartende Vielfalt der Kulturen beunruhigt wird. Die europäische Einigung muss auf neue Herausforderungen antworten, aber leider haben die verschiedenen Sitzungen des Europäischen Rates in den Jahren 2005 und 2006 die Dynamik der Union nicht neu belebt.

3. Tatsache ist, dass die europäischen Politiker während einer langen Periode garantierter Sicherheit und wachsender Prosperität eine zu technokratische Sicht der europäischen Einigung gepflegt haben. Da über den Endzweck des europäischen Unternehmens keine klare Übereinstimmung herrschte, haben sie aufgehört, von den zu Grunde liegenden Werten zu sprechen. Die Europäische Union, die ein visionärer Entwurf war – nämlich die Völker und Nationen zu einen, um so einen dauerhaften Frieden zu sichern –, erscheint heute als ein mechanischer Prozess. Dass Frieden herrscht, versteht sich heute von selbst. Für die jüngere Generation ist die Gefahr des Krieges Geschichte. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen in der Europäischen Union einen schwerfälligen und mächtigen, entfernten und teuren institutionellen Apparat, auf den sie keinerlei Einfluss haben und der sich in endlosen Debatten über Themen ergeht, die sie nicht verstehen. In einer Gesellschaft, in der angesichts von Globalisierung und Umweltzerstörung, einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und des Alterns der Bevölkerung die Unruhe wächst, wird die technische Struktur der EU für die gefühlten Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Dies umso mehr, als die nationalen Politiker entweder aus Bequemlichkeit oder aus

Unachtsamkeit diese Struktur zum Sündenbock und Urheber sämtlicher Übel gemacht haben, indem sie ihr Funktionieren und ihre Politik anprangerten, die doch vor allem von ihnen selbst entwickelt wurde.

4. Um dem Zweifel und der Unzufriedenheit zu begegnen und um Europa seinen Bürgern wieder näher zu bringen, wird man sich auf das Wesentliche besinnen müssen. Es gilt an das zu erinnern, was nie hätte in Vergessenheit geraten dürfen: Jenseits von Politiken und Institutionen beruht die europäische Einigung zuallererst auf Werten, auf einer ethischen Sicht des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Jede Rechtsgemeinschaft sollte auf Werten gegründet sein. Diese Werte sind im Fall der Europäischen Union nicht ausschließlich christlich, wohl aber tief in der christlichen Tradition verwurzelt. Sie haben ihren Ursprung und ihr Ziel in der Achtung der Menschenwürde, die für die Christen die Konsequenz aus dem göttlichen Schöpferakt, der Menschwerdung Christi und dem Wirken des Heiligen Geistes ist. Im offiziellen Diskurs treten sie kaum in Erscheinung, und selbst die Erinnerung an sie ist durch die Gewohnheit bisweilen schon ausgelöscht. Und doch haben die Europäische Gemeinschaft und dann die Europäische Union diese menschlichen Werte auf dem ganzen Kontinent und dadurch eben auch in den Gebieten gestärkt, die zuvor unter der Herrschaft von Zwang und Gewalt litten. Genau deshalb dürfte es hilfreich sein, sie zu identifizieren und zu beschreiben. Sie können nämlich deutlich machen, dass es im Entwurf der europäischen Einigung eine ethische Dimension gibt, in der sich alle Europäer, also auch alle Christinnen und Christen in Europa, wieder finden können und auf die sie stolz sein dürfen.

Friede und Freiheit

5. Die dauerhafte Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland war das wichtigste Ziel von Robert Schuman und Konrad Adenauer. Seit den 1950er Jahren hat die Politik der europäischen Einigung, die zur Unterzeichnung der Römischen Verträge führte, unter Führung von Menschen mit einer echten politischen Vision die Kontakte vervielfacht und durch die Schaffung und Regulierung eines gemeinsamen Marktes die Wechselbeziehungen verstärkt. Indem sie die Völker um gemeinsame Aufgaben und Ziele versammelte, hat sie die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Verhältnisse beseitigt, die in der Vergangenheit zu Konflikten geführt hatten und auch in der Zukunft zu Konflikten hätten führen können. Für Westeuropa war das Ergebnis die längste Friedensperiode der Neuzeit. Der heutigen Generation mag diese Errungenschaft eine Selbstverständlichkeit sein, doch in der historischen Perspektive und im Blick auf das Gemeinwohl zeigt sich die ganze Bedeutung der europäischen Einigung.
6. Dieser Friedenswille hat sich durch die sukzessiven Erweiterungen nach und nach auf den gesamten Kontinent einschließlich der mittel- und osteuropäischen Länder ausgedehnt, deren Vergangenheit von Gewalt und von Antagonismen gezeichnet ist, die sich mit denen des Westens durchaus vergleichen lassen. Dass sich fast ganz Europa erstmals seit dem Mittelalter in Frieden und Freiheit vereinigt hat, ist eine grosse, historische Errungenschaft. Leider ist diese Rechtfertigung der Erweiterung der Union um die mittel- und osteuropäischen Länder in den alten Mitgliedsländern nicht hinreichend erklärt und darum auch kaum verstanden worden.
7. Inzwischen hat die heimtückische Bedrohung des Terrorismus in New York und Bali, dann auch in Madrid und London den Europäern bewusst gemacht, dass Frieden und innere Sicherheit

auf ganz verschiedene Art bedroht sein können und nur eine gemeinsame Anstrengung ihm die Stirn zu bieten vermag. Dies ist ein weiterer Grund, die europäische Einigung fortzusetzen, eine neue Form jenes Strebens nach Frieden, das die Gründungsväter beseelte.

8. Die Europäische Union ist gegründet auf dem freiwilligen Beitritt ihrer Völker „unter Ablehnung jedes Gebrauchs von Gewalt, jedes Zwangs und jeder Drohung“, wie Paul Henri Spaak bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor fünfzig Jahren auf dem Kapitol sagte. Sie nimmt nur demokratische Staaten auf, die die Menschenrechte und die Grundfreiheiten achten (Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union). Das Recht der Europäischen Union verlangt, dass alle Mitgliedsstaaten die Weisungen der Europäischen Menschenrechtskonvention respektieren; dazu gehören das Recht auf Leben, die Religions- und Meinungsfreiheit, das Recht von Mann und Frau auf Ehe und die Gründung einer Familie.
9. Weil sie sich auf die freie Zugehörigkeit ihrer Mitglieder und auf die Achtung der Menschenrechte gründet, hat die Europäische Union eine politische Berufung, nicht weniger als die Europäische Gemeinschaft, aus der sie hervorgegangen ist. Die Verwirklichung und der verantwortliche Gebrauch der Freiheit in ihrer ökonomischen Dimension stehen im Zentrum der europäischen Einigung, die vor fünfzig Jahren mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Gang gesetzt wurde. Die vier Freiheiten, welche die Grundlage des Binnenmarkts bilden (der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital), sind die ersten, die von diktatorischen Regimes in Frage gestellt werden. Die von der europäischen Kommission verantwortete Wettbewerbspolitik soll verhindern, dass die Mächtigen den Markt auf Kosten der Schwächeren beherrschen. Die Regionalpolitik zielt darauf ab, den aus der Öffnung eines großen Marktes stammenden

Wohlstand gerecht zu verteilen und einen strukturellen Ausgleich zugunsten benachteiligter Regionen herbeizuführen. Die einheitliche Währung ist auf Grund der Kontrolle der öffentlichen Finanzen ein Element des Ausgleichs zwischen den Generationen, insofern sie verhindert, dass die Schuldenlast die kommenden Generationen erdrückt.

Die Annäherung der Völker

10. Die Präambel des Vertrags von Rom spricht davon, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. „Worum es geht“, sagte Jean Monnet, „ist die Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht die Bewahrung des Gleichgewichts dieser Interessen.“ Wenn man sich bewusst dafür entscheidet, dass sich die Völker einander annähern und dass nicht einfach nur die Staaten kooperieren, dann hat die europäische Einigung einen eigenen, außerordentlich wirksamen Beitrag zum internationalen Leben geleistet. Dies ist die tiefere Rechtfertigung des supranationalen Elements (der „Gemeinschaftsmethode“) in der Arbeit der gemeinsamen Institutionen.
11. Durch den besonderen Charakter der Kommission, die dazu berufen ist, das gemeinsame Interesse der Mitgliedsstaaten zu definieren, und die das Monopol für das Einbringen von Gesetzesvorhaben hat, durch das Mehrheitsvotum im Ministerrat und durch die Mitentscheidung des Parlaments ist die „Gemeinschaftsmethode“ eher auf die Suche des Gemeinwohls und nicht so sehr auf den Ausgleich nationaler Interessen ausgerichtet. Daher rührt ihre ethische Dimension, denn das Gemeinwohl ist immer grösser als die Summe der je individuellen nationalen Interessen.
12. Im Lauf der Zeit und mit der Ausweitung der Kompetenzen hat sich in Abweichung vom Geist der Gründerväter die intergouvernementale Dimension neben der « Gemeinschaftsmethode » entwickelt. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Maastrichter Vertrag existieren die beiden Ansätze innerhalb der Europäischen „Union“ recht unglücklich nebeneinander. Man muss wohl sagen, dass Europa in den letzten Jahren den klassischen intergouvernementalen Ansatz bevorzugt hat. Damit hat es viel von seiner Originalität, Inspiration und Effizienz verloren. Wenn die Umstände es erfordern, dass eine Entscheidung auf der europäischen Ebene getroffen wird, verdient die « Gemeinschaftsmethode », die die Solidarität der Völker und die Suche des Gemeinwohls voranstellt, unsere ganze Unterstützung. Demgegenüber birgt die intergouvernementale Methode die Gefahr der Lähmung sowie nationalistischer und populistischer Abwege in sich, weil sie den Akzent auf mitunter unterschiedliche nationale Interessen legt. Welche verheerende Wirkung das haben kann, wissen wir aus der Geschichte. Schaut man sich die politische Entwicklung in manchen unserer Länder an, ist diese Befürchtung keinesfalls illusorisch.
13. Der Begriff der Unionsbürgerschaft, der durch den Vertrag von Maastricht 1992 eingeführt wurde, unterstreicht, dass die Annäherung der Völker eines der Ziele der Union ist. Sie kommt zur nationalen Bürgerschaft hinzu und existiert an ihrer Seite. Die europäische Bürgerschaft fügt der nationalen Bürgerschaft etwas hinzu, sie nimmt ihr nichts. Die Programme für den Austausch von Studierenden (*Erasmus* und andere) sowie Partnerschaften von Städten und Gemeinden

sind ebenfalls bedeutsam. Die europäische „Gemeinschaft“ weiß sehr wohl um das, was zur Annäherung der Staaten beiträgt, doch mit Vorzug behandelt sie das, was die Annäherung der Menschen fördert. Darin orientiert sie sich an der christlichen Tradition. Die Initiatoren von *Erasmus* haben ausdrücklich auf die transnationale universitäre Gemeinschaft Bezug genommen, wie sie im christlichen Mittelalter und in der Renaissance bestand. Die Europäische Union müsste diese Programme natürlich noch über den Rahmen der Universitäten hinaus erweitern, um das gegenseitige Wissen über Völker und Kulturen zu vertiefen.

Macht und Verantwortung

14. Indem sie einen großen Markt schuf, hat die Europäische Gemeinschaft in wenigen Jahrzehnten aus der Asche des Krieges eine bedeutende wirtschaftliche und währungspolitische Weltmacht erstehen lassen. Seit einigen Jahren ist sie nun bestrebt, sich auch mit diplomatischer und militärischer Stärke zu wappnen. An sich ist Macht kein sittlicher Wert. Aber sie gewinnt einen solchen, wenn sie dazu dient, den Frieden, die Menschenwürde und die Grundrechte zu fördern. In Krisensituationen führt Ohnmacht zur Untätigkeit, und die Untätigkeit kann verheerende Folgen haben. Ungeachtet ihrer Uneinigkeit erarbeitet sich die Union ganz allmählich die Fähigkeit zur gemeinsamen Präsenz in Krisengebieten. Reales Gewicht kann sie nur haben, wenn sie stark und geeint ist.
15. Der beträchtliche Einfluss, den die Union zugunsten der Demokratisierung, Liberalisierung, Stabilisierung und Entwicklung vieler europäischer Staaten ausgeübt hat und immer noch ausübt, hängt mit dem Beispiel von Versöhnung, Stabilität und Prosperität zusammen, das die europäische Einigung liefert.

Ihre Anziehungskraft ist eine Form der Macht, der „soft power“. Indem sie diese Macht einsetzte, um ihr Umfeld zu stabilisieren, hat die Union verantwortlich gehandelt.

16. Der reale Einfluss der Union im interkontinentalen Dialog, der fortschreitend die Regeln der Globalisierung festlegt und damit eine Art „global governance“ etabliert, gründet auf ihrer wirtschaftlichen Stärke und dem gemeinschaftlichen Handeln. Immer häufiger wird ihre Intervention verlangt. Sie ist empfänglich für die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung, für die Achtung der Menschenrechte, für die Nord-Süd-Partnerschaft, für die Weiterentwicklung eines auf der Vorherrschaft des Rechts gegründeten internationalen Systems. Indem sie dies tut, übt sie ihre Rolle und ihre Verantwortung in den Debatten der Welt aus. Ihr Beitrag gewinnt mit dem Fortschreiten der Globalisierung an Bedeutung. Was würde wohl geschehen, wenn wir gegenüber den kontinentalen Mächten USA, China, Indien oder Russland alle vereinzelt handeln würden?

Vielfalt, Subsidiarität und Differenzierung

17. Das Ziel der Union ist, „die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihren Traditionen [zu] stärken“ (Präambel des Vertrags über die Europäische Union). „Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (Artikel 151 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Das verhältnismäßig höhere Gewicht, das den kleinen Mitgliedsstaaten in allen Institutionen der Union schon zu Anfang, aber auch nach der Erweiterung eingeräumt wurde, bezeugt den Respekt vor ihrer Identität und Besonderheit. Keine

andere internationale Einheit vergleichbarer Größe zeigt soviel Respekt gegenüber der Vielfalt der gesprochenen und geschriebenen Sprache in ihren gemeinsamen Institutionen. Die Vielfalt wird nicht nur als Wirklichkeit, die sie ist, wahrgenommen, sondern als eine Bereicherung.

18. Die Europäische Union ist die einzige internationale Organisation, die in ihren Grundtexten das Prinzip der Subsidiarität festgeschrieben hat, demgemäß Entscheidungen „möglichst bürgernah getroffen werden“ (Artikel 1 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union). Ihm zufolge greift die Gemeinschaft nur ein, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können“ (Artikel 5 Abs. 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Das Subsidiaritätsprinzip liefert ein Kriterium für die Gewaltenteilung zwischen verschiedenen behördlichen Ebenen. Es wird häufig missverstanden, ist keineswegs leicht zu verwirklichen und kann in einzelnen Fällen zu divergenten Interpretationen führen. Daher sieht der Verfassungsvertrag ein Kontrollrecht für die nationalen Parlamente vor. Bemerkenswert ist, dass das hier zugrunde liegende Prinzip, das die Berücksichtigung der jeweils bürgernächsten Entscheidungsebenen impliziert, direkt aus der Sozialverkündigung der Kirche stammt: „[Es] verstößt [...] gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung“ (*Quadragesimo anno*, Nr. 79).
19. Eine zahlenmäßig größere und heterogenere Union verlangt zudem, dass man die Möglichkeit einräumt, mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voranzugehen und folglich manchen Mitgliedsstaaten zu erlauben, dass sie in eine Richtung voraneilen, die noch nicht alle einzuschlagen vermögen. In

einigen Fällen geschieht das bereits, so etwa beim Euro und beim Schengener Abkommen. Diese Vorgehensweise muss aber offen bleiben für die Beteiligung aller Mitgliedstaaten, die mittun können und wollen. Kein Staat darf genötigt werden, sich auf einen Weg einzulassen, der ihm nicht angemessen ist. Falls aber die Gemeinschaftsmethode nicht zum Erfolg führt, soll sich jeder, unter Respektierung des Vertrags und der vereinbarten Regeln, in einer Richtung engagieren dürfen, die ihm aussichtsreich scheint. Eine von der Kommission ausgeübte Kontrolle würde die Achtung des Gemeinwohls garantieren, und die (im Verfassungsvertrag vorgesehene) Zustimmung des Europäischen Parlaments gewährt demokratische Legitimität. Die Arbeit an der europäischen Integration ist das allen gemeinsame Ziel, aber in diesem Kontext spiegelt die Einräumung unterschiedlicher Geschwindigkeiten die Vielfalt und Verschiedenheit der Mitglieder der Union wider, die zu respektieren eine der Grundtugenden des ganzen Unternehmens ist.

Multilateralismus und Toleranz

20. Der Multilateralismus hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa entwickelt als eine Reaktion auf die tragischen Konsequenzen totalitärer Ideologien, die den Kontinent mit Blut befleckt haben. Die Europäische Union ist dafür das am weitesten entwickelte Beispiel:
 - Sie schafft (in ganz bestimmten Grenzen) eine supranationale Macht;
 - sie unterstellt die Staaten dem europäischen Recht, dem sie den Vorrang sichert, und überträgt die Kontrolle dem Europäischen Gerichtshof;

- wie jede zumindest in Teilen föderal inspirierte Konstruktion teilt sie die Ausübung der öffentlichen Autorität zwischen verschiedenen Machtebenen auf;
- dabei orientiert sie sich am Prinzip der Subsidiarität (siehe oben Punkt 18), wie es von der katholischen Kirche gerade zur Abwehr der totalitären Ideologie entwickelt worden ist.
- sie schafft einen wirksamen Entscheidungsmechanismus – die Gemeinschaftsmethode – , die das Gemeinwohl zu verwirklichen sucht und eine Beherrschung der kleinen Staaten durch die Grossen verhindert

Auf diese Weise bewahrt die europäische Einigung unsere Gesellschaften vor der Übermässigkeit eines engen Nationalismus, der – und davon zeugt unsere ganze Geschichte – zu Dominanzstreben und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und mitunter zum Rassismus führt. Zugleich findet sie weit über unsere Grenzen hinaus Anklang, weil sie einen Ausgleich zwischen Marktwirtschaft und einem gewissen Mass an Regulierung anstrebt und zu erreichen scheint.

21. Diese Ambition und ihr Erfolg haben wie Katalysatoren für die Bildung regionaler Zusammenschlüsse auf anderen Kontinenten vergleichbarer Ausrichtung gewirkt. Diese freiwilligen und nicht hegemonialen Zusammenschlüsse wie der Mercosur oder ASEAN erlauben sich schnell entwickelnden Ländern sterile Konflikte zu vermeiden, den Frieden in ihrer Region zu sichern, Produktion und Güterverkehr zu rationalisieren, die Armut zu verringern und ihre Stimme auf Weltniveau zu Gehör zu bringen. In vielerlei Hinsicht ist der multilaterale Prozess der Europäischen Union, weil er neu und ausgewogen ist und sich als effizient erwiesen hat, ein Modell für eine multilaterale Regelung der durch die Globalisierung hervorgerufenen Probleme. Er ist jedenfalls unsere beste Chance, aktiv an der Bewältigung dieser Probleme mitzuwirken.

22. Das Wesen des Multilateralismus besteht letztlich im wirksamen Funktionieren gemeinsamer Institutionen, die die Vorherrschaft des Rechts, die Abwesenheit von Hegemonie, die Suche des Gemeinwohls auf dem Wege des die legitimen Interessen der verschiedenen Seiten berücksichtigenden Kompromisses garantieren. Toleranz, Respekt vor unseren Nachbarn unabhängig von Gewicht und Grösse, eine Lösungssuche, die es erlaubt gemeinsam voranzugehen, stehen im Mittelpunkt des Systems. Darin liegt seine Bedeutung, und verleiht ihm seinen Wert.

Die Solidarität innerhalb der Union

23. Die Solidarität, unter Berufung auf das „gemeinsame Schicksal“, von dem die Präambel des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951 spricht, steht von Anfang an im Zentrum der europäischen Einigung. In den fünfziger Jahren von Politikern eingeführt, die mehrheitlich der Christdemokratie und der Sozialdemokratie entstammten, prägt dieser Begriff die Gemeinschaft. Ihre Philosophie war und ist die soziale Marktwirtschaft, die auf eine von Land zu Land unterschiedliche Weise Wirtschaft und Soziales miteinander verbindet.
24. Historisch hat sich die „gemeinschaftliche“ Sicht gegen die Vertreter eines reinen, schlichten Liberalismus entwickelt, die in den 1950er Jahren eine bloße Freihandelszone wollten. Die „gemeinschaftliche“ Sicht hat sich in Politiken verkörpert, die man in ihren Einzelheiten gewiss kritisieren kann, die sich aber klar am Solidaritätsbegriff orientieren: Die Agrarpolitik, so unvollkommen sie sein mag, bringt eine Solidarität zwischen Stadt und Land zum Ausdruck, und die Kohäsionspolitik setzt die

Solidarität zwischen reichen und armen Regionen um; beide zusammen machen drei Viertel des Budgets der Union aus.

25. Der Globalisierungsdruck zwingt dazu, die verschiedenen europäischen Sozialmodelle zu modernisieren, nicht aber, sie aufzugeben. Die sozialen Errungenschaften der Europäischen Union in den Bereichen der Gleichstellung von Mann und Frau, der Gesundheit und Arbeitssicherheit, des Elternurlaubs sind beachtlich. Die neuen Mitgliedsstaaten, die ihre Gesetzgebung ändern mussten, um den gemeinschaftlichen Besitzstand auf diesem Gebiet übernehmen zu können, sind sich dessen sehr wohl bewusst. Anderswo überwiegt der Eindruck, die Union privilegiere das Ökonomische zum Nachteil des Sozialen. Gewiss verbleibt die Sozialgesetzgebung im Wesentlichen in nationaler Zuständigkeit. Man darf darüber aber nicht vernachlässigen, was in dieser Hinsicht auf europäischer Ebene bereits erreicht worden ist. Es bedarf im Gegenteil der Weiterentwicklung, beispielsweise durch die Garantie eines gleichberechtigten Zugangs für alle zu den Diensten der Daseinsfürsorge.
26. Der zweite Teil des Verfassungsvertrags, die Charta der Grundrechte, enthält zwölf Artikel, die unter der Überschrift „Solidarität“ von den Aspekten der Sozialpolitik handeln. Derselbe Vertrag weist in seinem ersten Teil eine Solidaritätsklausel für den Fall von Terroranschlägen oder Naturkatastrophen auf (Artikel 43).

Der Beschluss, alle Mittel zu mobilisieren, die eine schnelle Reaktion auf solche Ereignisse ermöglichen, ist sehr begrüßenswert. Auch wenn der Vertrag nicht in Kraft getreten ist, wurde diese Klausel wörtlich in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats nach dem Terroranschlag von Madrid im Jahr 2004 aufgenommen. Die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten ist eines der Bindemittel der Union. In einer Zeit, da manche sie in Frage stellen, gilt es sie neu zu bekräftigen.

Die Solidarität mit der Welt

27. Da die internen Diskussionen oft schwierig sind, kommt es vor, dass die Union als introvertiert und ganz von ihren inneren Spannungen absorbiert erscheint. Doch grundsätzlich ist Europa offen für die Welt und ihre Probleme. In seiner Erklärung von 1950 hat Robert Schuman ausdrücklich einen Akzent auf unsere Verpflichtung gegenüber Afrika gelegt. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dessen 50. Jahrestag wir begehen, enthielt einen Titel über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete. Heute setzt Europa im Geist der Solidarität und Partnerschaft erhebliche Mittel ein. Die Union hat das weltweit größte Budget für humanitäre und Katastrophenhilfe (ECHO). Die weltweite Entwicklungshilfe ist sicher nicht ausreichend, aber mehr als die Hälfte dieser Hilfe wird von der Union bzw. ihren Mitgliedstaaten geleistet. Im Lauf der Jahre wurden spezifische Programme für verschiedene Regionen entwickelt: der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik, das Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Osteuropas (PHARE) sowie die Programme TACIS für die ehemalige Sowjetunion und MEDA für den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten. Es ist sicher nötig und möglich, noch mehr und vor allem Besseres tun, zum Beispiel unseren eigenen Markt zu öffnen oder die Subventionen für die Landwirtschaft zu begrenzen, wenn sie widersinnige Auswirkungen haben. Wir müssen das Versprechen für mehr Entwicklungshilfe einlösen, das wir auf verschiedenen internationalen Foren gegeben haben. Es bleibt aber eine Tatsache, dass die Union einen substantiellen Beitrag zum Bemühen um weltweite Solidarität leistet, weil sie sich als „gute Bürgerin“ des Planeten erweisen will. Sie weiss, dass «Entwicklung der neue Name für Frieden (ist)» (*Populorum Progressio* 76).

28. Der Krieg ist das größte Hindernis für die Entwicklung, wie die Geschichte der europäischen Länder, aber auch die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und in Zentralafrika zeigen. Seit 2003 hat Europa, in der Regel auf Ersuchen der Vereinten Nationen, rund ein Dutzend friedenserhaltende Operationen durchgeführt (so zum Beispiel im Libanon und im Kongo). Immer häufiger wird es zur Wahrung des Friedens in Krisensituationen angerufen. Das zeigt: Die internationale Gemeinschaft nimmt immer deutlicher wahr, dass die Europäische Union fähig und willens ist, einen entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden, zur Entwicklung, zu den Menschenrechten und zum Kampf gegen die Armut zu leisten.

Schluss

29. Die Politiker der Nachkriegsgeneration werden zu Recht dafür gelobt, dass sie es verstanden, den brudermörderischen und blutigen Konflikten ein Ende zu setzen. Ihre Aufgabe war schwer. Die heutigen Herausforderungen sind kaum leichter: Globalisierung, Klimawandel, demographische Explosion in einem Teil der Welt, die Alterung der Bevölkerung, Armut und soziale Ausgrenzung, die Verknappung wichtiger Ressourcen wie Wasser und Energie, massenhafte Migration, Pandemien und lokale Konflikte, die sich zu vervielfachen drohen. Aber die Politiker von heute sind auch besser gewappnet als ihre Vorgänger vor sechzig Jahren. Ungeachtet all ihrer Schwächen haben die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten und seither weiter entwickelten multilateralen Institutionen ein Netz der Zusammenarbeit geknüpft, das in dieser Dichte in früheren Jahrhunderten unbekannt war. Es erlaubt, annehmbare Lösungen für die wichtigsten internationalen Probleme zu finden. Die Europäische Union ist eines der wichtigsten und aufgrund ihres hohen Integrationsniveaus auch eines der festesten Elemente dieses Netzes.

30. Die Einheit der Welt war nie sichtbarer und unsere Verantwortung für ihre Gestaltung nie offensichtlicher. Eine neue Generation von Europäern, die sich der inneren Werte bewusst ist, die Europa in sich getragen und die es sich bewahrt hat, muss jetzt die Nachfolge antreten. Ihre Verantwortung ist es, den gerechten Frieden, den richtig verteilten Wohlstand und das Gleichgewicht der Macht zu sichern, die eine fünfzigjährige Anstrengung in unsere Reichweite gerückt hat. Um das zu erreichen, müssen sie sich dringend den neuen Herausforderungen stellen:

- Die öffentliche Meinung muss von den Verdiensten und der Wirksamkeit der europäischen Einigung und ihren Werten überzeugt sein, damit Bürgerinnen und Bürger sich persönlich zugunsten des Gemeinwohls, das sie zum Ziel hat, einsetzen.
- Die Europäische Union braucht ein den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepasstes, nachhaltiges System des wirtschaftlichen Regierens und der sozialen Solidarität.
- Man darf nicht so tun, als gäbe es die Globalisierung nicht. Sie bedarf der Ordnung und der Regulierung, um das in ihr liegende Potential für mehr Wohlstand allen zu Gute kommen zu lassen. Die Europäische Union ist dafür ein Instrument.
- Klimawandel, Energieversorgung, Umweltschutz auf globaler Ebene sind weitere Probleme, die dringend angegangen werden müssen und bei deren Bewältigung die Union eine führende Rolle spielen sollte.
- Sicherheit im weitesten Sinne setzt voraus, dass man wirtschaftliche Entwicklung und den Kampf gegen die Armut fortsetzt, aber auch, dass man gegen internationale Kriminalität und Terrorismus kämpft und sich dem Phänomen der massenhaften Migration zuwendet sowie – dem Beispiel der Union folgend – der Fortentwicklung des internationalen Rechts. Als verantwortliche Weltmacht muss sich die Union auch weiterhin in Operationen zur Wahrung und

Wiederherstellung des Friedens in vielen Weltregionen engagieren.

31. Diese Probleme lassen sich nicht von einem einzigen Staat bewältigen, mag er noch so mächtig sein. Wir müssen sie deshalb mit Rücksicht auf das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene angehen. Bei der Suche nach Lösungen für globale Probleme ist das Gewicht jedes einzelnen Landes der Union gering, manchmal fast gleich null. Doch wenn alle gemeinsam handeln, können sie dank ihres kollektiven Gewichts zum einen ihre eigenen Interessen besser vertreten, zum anderen aber auch für gerechte und der Sache angemessene Lösungen eintreten. Aus diesem Grund ist unsere Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, unsere Eignung, die intergouvernementale Diskussion zu überwinden, um mit Hilfe der « Gemeinschaftsmethode » das Gemeinwohl zu suchen, nicht nur eine Frage der technischen Effizienz. Es ist die notwendige Bedingung, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen, und auf der Weltebene einen förderlichen Einfluss auszuüben. Bei ihrer Entscheidungsfindung muss die Europäische Union stets die von ihr verkörpertten grundlegenden Werte achten, darunter die Menschenwürde und die Grundrechte. Der beständige Fortschritt der Naturwissenschaften bringt grosse und unbestreitbare ethische Probleme mit sich, insbesondere bei den Lebenswissenschaften.
32. Die Europäische Union ist keine Schicksalsfügung, sie ist zu jeder Zeit eine willentliche Konstruktion gewesen, zerbrechlich freilich wie jedes menschliche Konstrukt. Heute sucht sie ihren Weg. Sie muss sich ihrer Stärke besser bewusst werden, die in den ihr innewohnenden Werten liegt: Menschenwürde und Menschenrechte, Friede, Freiheit, Demokratie, Toleranz, Respekt vor der Vielfalt und vor der Subsidiarität, Streben nach dem Gemeinwohl ohne Herrschaft einer Gruppe über die andere. Sie gründet sich auf die Solidarität unter ihren Mitgliedern und gegenüber den anderen, insbesondere den Benachteiligten. Sie steht zu ihrer Verantwortung bei der Suche nach Lösungen für die

Weltprobleme. Mehr als die Institutionen oder die Politik sind es die von der Europäischen Union verkörpertten Werte, welche das Interesse, das Prestige und die Hoffnung erklären, die das seit einem halben Jahrhundert in Europa Geleistete in der Welt hervorruft. Diese ihr zugrunde liegenden Werte, diese implizite Ethik sind keine flüchtigen Gegebenheiten. Sie wurzeln tief in der jahrhundertealten Tradition des Christentums wie auch in den Traditionen anderer religiöser Überzeugungen und Weltanschauungen. Diese Werte und Traditionen sind heute ebenso lebendig wie in der Vergangenheit. Sie können und müssen für die Zukunft eine Quelle der Inspiration bleiben. So wird die Einigung Europas für die Bürger das werden, was sie stets hätte bleiben müssen: eine legitime und lebendige Quelle des Stolzes und Grundlage einer kraftvollen Hoffnung für die Zukunft.

ANHANG

*Mitglieder des Weisenrats der COMECE**

Prof. Michel **CAMDESSUS**, *Ehemaliger Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, Ehrengouverneur der Banque de France, Präsident der « Semaines Sociales de France », Frankreich*

Herr Pat **COX**, *Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Präsident der Europäischen Bewegung, Irland*

S.E. Philippe **DE SCHOUTHEETE**, *Ehemaliger Ständiger Vertreter Belgiens bei der Europäischen Union, Professor am Institut für Europäische Studien (UCL), Sonderberater bei der Europäischen Kommission, Belgien*

Prof. Dr. Franz **FISCHLER**, *Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, Präsident Ökosoziales Forum, Österreich*

Sr. Madeleine **FREDELL**, *Generalsekretärin, Kommission Justitia et Pax, Schweden*

Prof. PhDr. Dr. Tomáš **HALÍK**, *Ehemaliger Berater des Präsidenten Václav Havel, Tschechische Republik*

Herr Jan **KUŁAKOWSKI**, *Mitglied des Europäischen Parlaments, Polen*

Herr Karl **LAMERS**, *Ehemaliges Mitglied des deutschen Bundestags, Deutschland*

Herr Vytautas **LANDSBERGIS**, *Ehemaliger Staatsoberhaupt, Mitglied des Europäischen Parlaments, Litauen*

Prof. Dr. Jerzy **ŁUKASZEWSKI**, *Ehemaliger Rektor des « Collège d'Europe », ehemaliger Botschafter Polens in Frankreich, Polen*

Frau Maria **MARTENS**, *Mitglied des Europäischen Parlaments, Niederlande*

Prof. Mario **MONTI**, *Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, Präsident der « Università Bocconi », Mailand, Italien*

Dr. Marcelino **OREJA AGUIRRE**, *Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, Spanien*

Prof. Lorenzo **ORNAGHI**, *Rektor der « Università Cattolica del Sacro Cuore », Mailand, Italien*

Herr Jan-Peter **PAUL**, *Berater, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Kommission, Finnland*

Herr Alois **PETERLE**, *Ehemaliger Ministerpräsident, Mitglied des Europäischen Parlaments, Slowenien*

Herr Onno **RUDING**, *Ehemaliger Finanzminister, Ehemaliger Direktor der Citibank, Präsident des Zentrums für Europäische Politische Studien – CEPS, Niederlande*

Herr Jacques **SANTER**, *Ehemaliger Ministerpräsident, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Luxemburg*

Prof. Ph. D. Peter **SERRACINO-INGLOTT**, *Ehemaliges Mitglied des Europäischen Konvents, Präsident des « Malta Council for Science and Technology », Malta*

Prof. Manuela **SILVA**, *Präsidentin der Nationalen Kommission Justitia et Pax, Portugal*

Herr Peter **SUTHERLAND**, *Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, ehemaliger Generaldirektor des GATT und der WTO, Vorsitzender von The Federal Trust und Chairman von BP, Irland*

Prof. Jozsef **SZAJER**, *Mitglied des Europäischen Parlaments, Ungarn*

Ministerpräsident Erwin **TEUFEL**, *Ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Mitglied des Europäischen Konvents, Deutschland*

Sir Stephen **WALL**, *Ehemaliger Berater des Premierministers für Angelegenheiten der Europäischen Union, ehemaliger Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Union, Vereinigtes Königreich*

Frau Anna **ZABORSKA**, *Mitglied des Europäischen Parlaments, Slowakei*

*** Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind persönlicher Art und repräsentieren nicht die Ansicht der jeweiligen Institutionen oder Organisationen, denen Mitglieder des Weisenrats angehören.**